



„Homosexuelle in öffentlichen Ämtern“ sollen für Neubürger im Ländle selbstverständlich sein. Annette Schavan, CDU, scheiterte ausgerechnet in Baden-Württemberg an Lesbengerüchten



„Ihr Nachbar plant einen Anschlag – was tun sie?“ Eine der Fragen aus dem Leitfaden zur Einbürgerung in Baden-Württemberg

Alles außer Hochdeutsch?

Der umstrittene Fragebogen für die Einbürgerung von Muslimen verheißt ein Land in dem Frauen, Schwule und Lesben höchstes Ansehen und uneingeschränkte Akzeptanz genießen. Eine Illusion, vor allem im „Ländle“

„Ihr Nachbar plant einen Anschlag – was tun Sie?“ Was wie Meinungsforschung für Arme klingt, kann für Muslime, die deutsche Staatsbürger werden möchten, in Baden-Württemberg seit dem 1. Januar zur Fangfrage werden. Im Südwesten der Republik ist Wahlkampf und so jagt eine öffentlichkeitswirksame Idee die andere: Schulbeginn um neun Uhr und Deutschpflicht auf Schulhöfen – Hauptsache die CDU ist Thema. Mit dem „Gesprächsleitfaden für die Einbürgerungsbehörde“ ist allerdings eine größere Debatte über den Umgang mit Muslimen ausgelöst worden und mittendrin stehen Fragen zu Frauen- und Homorechten. Ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung unterschreibt jede Bewerberin und jeder Bewerber, um den deutschen Pass zu bekommen. Aus Angst, ein potenzieller Neudeutscher bekenne sich nicht mit vollem Herzen und Verstand dazu, können „besonderen Härtefälle“ in einem Gespräch auf ihre innere Verbundenheit zum neuen Vaterland geprüft werden. Soweit die bewährte Praxis.

Neu ist allein der Fragenkatalog aus dem baden-württembergischen Innenministerium, der als Orientierung für die Gesprächsführung dient. Über die Hälfte der Fragen beschäftigen sich mit der Gleichberechtigung von Männern und Frauen, und auch Homosexualität ist Prüfstein für die Deutschtauglichkeit der Muslime. Eine Errungenschaft – findet der Lesben und Schwulenverband (LSVD) Berlin-Brandenburg und steht damit ziemlich alleine da!

„Was halten Sie davon, dass Homosexuelle öffentliche Ämter bekleiden?“

Der Fragebogen, von Juristen als verfassungswidrig eingeschätzt, liest sich mit seinen plumpen Formulierungen wie eine einzige Provokation, weil er Menschen muslimischen Glaubens per se als Konservative und Terrorsympathisanten behandelt.

„Was halten Sie davon, dass Homosexuelle öffentliche Ämter bekleiden?“ Man stelle sich die Diskussion an deutschen Stammtischen vor. Ebenso verhält es sich mit der Frage: „Stellen Sie

sich vor, Ihr Sohn möchte mit einem anderen Mann zusammenleben – wie reagieren Sie?“

Dass auch für die Mehrheit der deutschen Eltern das Coming-out ihres Kindes ein Horror ist, weiß der LSVD Berlin-Brandenburg nur zu gut. Trotzdem bekräftigt Pressesprecher Alexander Zinn gegenüber L-MAG, „dass über so ein Gespräch die Vermittlung von Umgangsformen erreicht wird“, auch wenn man im Verband keine Illusionen darüber habe, dass die Fragen irgendwas an der Praxis ändern. Trotzdem sei das Gespräch ein gutes Mittel, eine Diskussion anzuregen. Anstatt alles dogmatisch abzulehnen, nur weil es von der CDU komme, solle man sie vielmehr beim Wort nehmen und an ihre Homopolitik erinnern.

Eventuell lesbische Ministerpräsidentin war undenkbar

Die Frage ist nur: mit welcher Wirkung? Annette Schavan wurde aus der Landespolitik durch Gerüchte über ihr Lesbischsein gemobbt und zum Jahresanfang musste Sozialminister Andreas Renner wegen einer Auseinandersetzung mit Bischof Gebhard Fürst zurücktreten. Gegenstand des Streits ist die CSD-Schirmherrschaft Renners, die schon lange den Unmut der Parteikollegen erregt hatte.

Im Gegensatz zu den Berlinern findet auch Manfred Bruns vom Bundesvorstand des LSVD das Verhalten der CDU unglaublich und stellt klar, dass „Gesinnungsprüfungen keine geeignete Methode sind, um die Akzeptanz von Homosexuellen zu befördern. Es ist zu befürchten, dass das Thema Homosexualität instrumentalisiert wird, um Minderheiten gegeneinander ausspielen.“

Keine Frage ist hingegen, dass Probleme wie Zwangsheirat und Ehrenmorde zu lange durch eine naive Multikulti-Haltung ignoriert wurden. Ein provokantes Einbürgerungsgespräch wird aber ebenso wenig helfen wie die mangelnde staatliche Unterstützung von Aufklärungsarbeit.

Ein schönes Baden-Württemberg hätten wir, würden alle die ausgewiesen werden, für die Gleichberechtigung und Homosexualität nicht alltäglich sind. Doch wer würde bleiben? Die CDU sicherlich nicht.

River Tucker